

Klassenethik.

Die Sittlichkeit bildet das Band, das die menschlichen Gemeinschaften zusammenhält. Ohne die gegenseitige Treue, Solidarität, Wahrhaftigkeit und Selbstaufopferung ihrer Mitglieder konnten sie nicht bestehen bleiben. Diese Gefühle gelten nur innerhalb der Gemeinschaft, der man angehört, mit der man durch dieselben Interessen verbunden ist. Hier sind sie notwendig; wo diese Interessen mit denen anderer Gruppen kollidieren, wären sie schädlich. Dem Feinde gegenüber, mit dem man kämpft, haben die sozialen Gefühle keine Geltung; man opfert sich nicht für ihn, übt keine Treue oder Solidarität gegen ihn, sondern man sucht ihn zu schwächen und zu schädigen. So handelt in der primitiven Gesellschaft Stamm gegen Stamm, so in der zivilisierten Welt Klasse gegen Klasse.

Wenn wir in solcher Weise die Tatsache feststellen, daß das Sittengesetz bei allen Klassen und Gruppen nachweislich immer nur gegen Genossen, nicht gegen Feinde anerkannt wird, entrißten sich unsere Gegner darüber und stellen es so hin, als empfahlen wir den Arbeitern den Klassenhaß als spezielle sozialdemokratische Ethik. Man kann es verstehen, daß ihnen die Feststellung der Wahrheit, daß überall nur nach einer Klassenethik gehandelt wird, unangenehm ist. Daß ihnen dabei das Unglück passiert, daß sie gerade durch diese falsche Darstellung unserer Lehre bezogen, daß für sie dem Feind gegenüber die Pflicht der Wahrhaftigkeit nicht gilt, sei hier nur nebenbei erwähnt. Die Richtigkeit dessen, was wir über die Ethik sagen, wird tagtäglich durch ihre Taten bewiesen.

Wie befolgt der Kapitalist seinen Arbeitern gegenüber die sittlichen Gebote, seinen Nächsten wie sich selbst zu lieben und das Eigeninteresse für dessen Wohl zurückzustellen? Er kann sie nicht befolgen, auch nicht, wenn sie noch keinen Klassenkampf führen und sein Herz von Wohlwollen gegen sie überfließt. Die Konkurrenz zwingt ihn, den Arbeitern Hungerlöhne zu zahlen und ihre Gesundheit durch lange Arbeitszeit zu untergraben. Würde er sie nach den sittlichen Geboten behandeln, so wäre sein Bankrott sicher. Dem Profit muß er die Nächstenliebe opfern.

Hier handelt es sich noch nicht einmal um eine feindliche Klasse, sondern bloß um die andre Klasse. Wenn aber die Arbeiter sich nicht mehr willenlos ausbeuten lassen, wenn der Klassenkampf entbrannt, dann schwindet sogar der heuchlerische Schein des Wohlwollens, dann treten feindliche Gefühle hervor. Dann sehen Arbeiter und Kapitalisten ineinander nur feindliche Klassen, die im eignen Interesse genötigt sind, einander möglichst zu schwächen. Der Kapitalist sperrt auf Beschluß des Unternehmerverbandes die Arbeiter aus; er verurteilt sie dem Hunger, um seinen Klassengenossen, seiner Klasse zu helfen. Der feindlichen Klasse gegenüber herrscht Kriegsgerechtigkeit statt Sittengesetz, schweigen alle sozialen Gefühle. Nicht den Mitmenschen lieben, sondern den Feind besiegen, gilt hier als Grundsatz.

Und hier verkündet die herrschende Klasse selbst, nicht nur durch Taten, sondern auch in ihren Worten die Mächtigkeit unserer Theorie. Klar trat das deutlich bei der Interpellation über die Raddod-Katastrophe zutage.

Die Vergarbeiter fordern seit langem ein gutes Vergarbeitergesetz und namentlich Arbeiterkontrollreue. Wären diese, ihren Forderungen gemäß, schon früher eingeführt worden, so wären die Opfer von Raddod wahrscheinlich noch am Leben. Durch solche Maßregeln haben die herrschenden Klassen es in der Hand, künftige Katastrophen zu verhindern und das Leben tausender Arbeiter zu retten. Aber sie wollen nicht. Sie lassen lieber ihre Mitmenschen zugrunde gehen, als daß sie selbst das Opfer einer kleinen Verringerung ihres Profits bringen.

Das ist die Tatsache. Aber die herrschende Klasse will das nicht eingestehen, daß sie diese Menschenleben dem Profit opfert. Sie leugnet es ab. Sie gibt andre Gründe für ihre Weigerung. Durch den Mund des Ministers Delbrück sagte sie, diese „soziale Einrichtung“ würde „politisch ausgenutzt“ werden, sie würden „das gute Einvernehmen“ zwischen Arbeitern und Verwaltung stören. Daß

So stand sie, ohne ihren Verdruß zu deutlich merkbar werden zu lassen, auf, holte ihren Hut und erklärte, daß sie das schöne Wetter zu einem Spaziergang benutzen wolle.

Nachts führte der Weg nach Rinnenburg, vor dem Städten auf dem Berge lag die Arcadia. Man sah deutlich die langgestreckte gelbe Holzwand im Sonnenschein zerübergelangen. Um ihrer Tante keinen Grund zum Mißtrauen zu geben, wandte Zies sich zur Linken, das Tal hinauf nach dem Dorfe Tiefenwalde zu.

Die Gegend war von einer schlichten, unaufdringlichen Anmut. Sacht stiegen die Hügel zu beiden Seiten an und dehnten sich in leise geschwungenen Linien, nach der Tiefe zusammen. Wiesen, Feld und Busch wechselten vielfach und belebten durch die verschiedene Tönung ihres Grüns, das in den Formen etwas gleichmäßige Bild. Auch der stark angeschwollene Bach brachte mit seinen Armmüngen, wie mit dem Plätschern seines Wassers Bewegung und Leben in die Stille. Und über allem lag vergoldend und verschönernd die Frühlingssonne.

Zies Sinne waren, wie die eines Genesenden, heute besonders empfänglich für die Reize dieses Frühlings-tages, sie atmete tief die milde, reine Luft und sog mit Augen und Poren den Sonnenschein in sich.

Auslüften, dachte sie, und ihr Wunsch flog das Tal hinunter nach jenem abgepflanzten Garten auf der Höhe. Wie schön müßte es sein, in diesen warmen Strahlen den nackten Körper auf grüner Wiese zu dehnen. Ein Stück gesunder Natur sich zu fühlen, nichts weiter; wie eine schöne Blume im Gras. Und mit offenen Augen hinein-zutreten in das klare, zarte Himmelsblau. All der Stumpfheit und dem mystischen Nebel entrückt, die in den dumpfen Hütten im Tal schatten nistete.

Sie hatte nach halbklünder Wanderung das Dorf Tiefenwalde erreicht. Mit seinen grauen Schieferhäusern lag es, wie eine schmutzige Schafherde, längs der Landstraße. Nur der aus roten Ziegeln errichtete Verkaufshaus stand hervor, aber er bildete auch keinen stimmungsvollen Mittelpunkt. Mit seinen großen kahlen Fenstern erinnerte er an ein Fabrikgebäude, nur daß das Dach von einem Holzkreuz, statt von einem Schornstein überragt war.

(Fortsetzung folgt.)

dies in Wirklichkeit nichts andres bedeutet, als daß die Profite der Unternehmer nicht durch höhere Anforderungen an Sittlichkeitsvorrichtungen geschnitten werden sollen, hat unsere Presse schon ausreichend beleuchtet.

Hier interessiert uns der Wortlaut, die Form der Ministererklärung. Nehmen wir diese Worte für bare Münze. Was will das besagen, daß die soziale Einrichtung politisch ausgenutzt werden würde? Offenbar dies, daß die Sozialdemokratie davon eine Stärkung erfahren würde. Wenn die Regierenden von einer Stärkung des guten Einvernehmens zwischen Arbeitern und Unternehmern reden, meinen sie damit daselbe, was wir als ein Aufkommen des Klassenbewußtseins bezeichnen. Der Minister beruft sich nun auf eine öffentliche Meinung über die sittlichen Pflichten. Man wirft uns vor, so sagt er gleichsam, daß wir das Leben der Vergarben dem Profit der Unternehmer opfern. Das wäre in der Tat unsittlich. Aber so schlecht sind wir nicht. Wir handeln aus Erwägungen, die jeder sittlich denkende Mensch billigen muß. Durch jene soziale Einrichtung würde unser Feind, unser Klassenfeind, gestärkt werden. Da kann uns doch keiner verdenken, daß wir lieber Hunderte von Vergarben elend verbrennen lassen, als daß wir ihre Klasse, die uns feindliche, uns bedrohende Klasse stark werden lassen.

Es kommt hier nicht darauf an, daß diese vom Minister geäußerte Furcht unbegründet ist; jeder Arbeiter weiß, daß selbstverständlich die Einrichtung der Arbeiterkontrollreue nicht politisch ausgenutzt werden würde. In andern Sinne, in ihrer Natur als abgerungenes Zugeständnis an das Proletariat, würde sie eine Stärkung seiner Macht darstellen. Worauf es hier ankommt, ist dieses: daß der Minister unter Beifall der Vertreter der herrschenden Klassen öffentlich als etwas Selbstverständliches, das jeder zugibt, ausspricht, daß gegen die feindliche Klasse die sittlichen Gebote der gegenseitigen Güte und der Nächstenliebe nicht gelten. Wir können ihren Mitgliebern das Leben retten, sagen sie, aber wir tun es nicht, denn unsere politische Macht würde sich dabei verringern.

Solange die Arbeiter sich willig ausbeuten lassen, versuchen die Ausbeuter den Klassengegenstoß zu verhindern, das Klassenbewußtsein nicht aufkommen zu lassen. Darauf beruht ihre Herrschaft. Mögen die Arbeiter noch, so schlimm behandelt werden, theoretisch gelten sie als Brüder, als Mitmenschen. Nicht die sittlichen Pflichten gegen sie werden gelehrt, sondern die Tatsache, daß diese verletzt werden, wird bestritten oder entschuldigt. Sobald jedoch die Arbeiter für ihre Klasse, für ihre Freiheit zu kämpfen anfangen, wird ihnen sogar dieser theoretische, moralische Schutz entzogen. Auch in der Wüste gelten sie nicht mehr als Brüder. Gegen den Klassenfeind gibt es keine sozialen Pflichten; ihr Leben wird vernichtet, wenn unsere Machtstellung es erfordert. Das ist die Klassenethik, die brutal und offen in dem Munde der Wortführer des Kapitalismus als geltendes, anerkanntes Sittengesetz ausgestellt wird.

Parteiversammlung des 12. und 13. Reichstagswahlkreises.

Mit der außerordentlichen Landesversammlung in Dresden beschäftigte sich gestern abend im Sanssouci eine stark besuchte Parteiversammlung des 12. und 13. Wahlkreises.

Genosse Lipinski als Vorsitzender weist einleitend auf die Bedeutung der Wahlrechtsangelegenheit in ihrem jetzigen Stadium hin, die es notwendig mache, daß Stellung auf einer außerordentlichen Landeskonferenz hierzu genommen werde. Hierauf ergriff Genosse Seger als Referent das Wort.

Wie wenig das Bürgertum es verstanden hat, freizeitliche Reformen durchzuführen und zu erkämpfen, beweist am besten der traurige Stand der jetzigen Wahlrechtsangelegenheit. Es ist bezeichnend für dieses Bürgertum, daß die Arbeiterpartei am Anfang des 20. Jahrhunderts sich anheischig machen muß, das allgemeine Wahlrecht zu erkämpfen. Dieser Kampf nimmt aber in der jetzigen Situation den Charakter eines Verfassungskampfes an, und dieses Moment gibt unserm Wahlrechtskampfe eine ganz besondere Bedeutung. Es ist notwendig, daß das Verfassungsrecht einmal unter die Lupe genommen wird. Nach den Reichstagswahlen von 1907 erklärte bekanntlich die Regierung, daß an Stelle des jetzigen Dreiklassenwahlrechts ein besseres Wahlrecht treten solle, um das Volk gewissermaßen wieder mit den traurigen politischen Zuständen in Sachsen auszuföhnen. Man wußte eben genau, daß dieses Wahlrecht vielen Reichstagswählern aus bürgerlichen Kreisen einen sozialdemokratischen Stimmzettel in die Hand gedrückt hätte. Eine Wahlrechtsfrage aber, die so vollkommen verfahren ist wie die jetzige in Sachsen, ist einfach undenkbar. Dem Volke hat die Regierung Hoffnungen gemacht und die bürgerlichen Zeitungen überboten sich gegenseitig in Liebesbetuerungen, wenn der jetzige König August im Lande umherführe; und jetzt so Unm dieser Monarch seine Unterwürigkeit zu einem Wahlrecht geben, das schlimmer noch ist als das Dreiklassenwahlrecht. Mit 40 gegen 37 Stimmen ist der Entwurf in der Zweiten Kammer angenommen worden, dank der politischen Strapaziosität der Konservativen, die, zum großen Teil aus Agrariern bestehend, ihre Interessentwilschaft dauernd festlegen wollen. Unter der elenden Herrschaft dieser rücksichtslosen Interessenpolitiker wird das hochindustrielle Sachsen verwaltet wie ein großes Mittergut. Aber auch bei den Nationalliberalen handelt es sich in der ganzen Wahlrechtsfrage einzig und allein um den Kampf um die Macht, um die Ergatterung von mehr Mandaten; möge das Wahlrecht für den übergroßen Teil der Bevölkerung noch so miserabel sein. Um die Rechte der besitzlosen Klasse hat sich diese Partei nie gekümmert und wird sie sich auch nie kümmern. Nur hat der Abgeordnete Pektner auf die Verfassungswidrigkeit hingewiesen, wenn diese Vorlage Gesetz werden würde, weil zu einer Vorlage, die eine Verfassungsänderung bedingt, weil zu einer Dreimehrheit gehört. Auch das Leipziger Tageblatt hat sich in einem Artikel in gleicher Weise ausgelassen und am Schluß auf den Staatsgerichtshof hingewiesen, der eventuell hier eingreifen könnte. Als wenn es den Konservativen auch nur im Traum einfallen würde, ihre Minister vor den Staatsgerichtshof zu bringen. Aus purer Furcht vor der Arbeiterklasse wagen ja aber auch diese Nationalliberalen den Kampf gegen dieses System nicht aufzunehmen; im Gegenteil, sie haben in Gemeinschaft mit den Konservativen beraten, wie man das Volk dauernd rechtlos machen kann. Wenn die Nationalliberalen jetzt gegen diese Vorlage Opposition machen, so nur deshalb, weil sie bei einem solchen Wahlrecht nicht auf ihre Rechnung kommen. Im März dieses Jahres stellte Hohenthal das Ultimatum, in die Beratung über die Regierungsvorlage einzutreten. Von einer Beratung dieser Vorlage war aber eigentlich gar keine Rede, im Gegenteil, Konservative und Nationalliberale schloffen ein Kompromiß, weil diesen Reaktionen die Regierungsvorlage

viel zu freizeitlich erschien. Stolz erklärte der Minister Hohenthal anfänglich zu den Kompromißvorschlägen, die Regierung akzeptiere nur die Einkommenshöhe, dagegen lehne sie die Altersstimm- und die wirtschaftliche Selbständigkeit als weiteren Stimmzuschlag ab. Beide Momente sind aber doch in der angenommenen Vorlage enthalten, so daß wir nunmehr ein, zwei- und vierstimmige Wähler haben. Hinzu kommt das Zusammenlegen der großen Städte zu einem Wahlkreise, während eine neue Wahlkreiseinteilung nicht vorgenommen wird; weiter die Festsetzung der Einkommensgrenze auf 1000 Mark, wonach auch ein Handwerker vier Stimmen erhalten kann, usw. Dieses Monstrum von einem Wahlrecht ist nun an die Erste Kammer gegangen und die Nationalliberalen hoffen allen Ernstes, weil in dieser Kammer einige Oberbürgermeister und Industrielle sitzen, die Kammer lehne die Vorlage ab. Außer diesen benannten sitzen in der Kammer lauter hochfeudale Agrarier und Industrielle. In der Kommission dieser Kammer sitzt unter andern der Staatsrechtslehrer Professor Wachl. Dieser famos Staatsrechtslehrer hat sich über das allgemeine Wahlrecht dahin ausgesprochen, daß es nirgends einen größeren Tumultplatz zur Aufreizung und der Phrasen gebe als das allgemeine Wahlrecht. Es führe zur Anreicherung der einen Klasse durch die andre, und man müsse von der Regierung verlangen, daß sie diesem ganz energisch entgegenstehe. Daß die Arbeiterklasse die Beschnittenen ist, davon sagt dieser Staatsrechtslehrer nichts. Für die Sozialdemokratie kann es sich also nicht nur um das allgemeine Wahlrecht handeln, sondern die ganze Angelegenheit ist eine Verfassungsfrage im weitgehebensten Sinne des Wortes. Abschaffung der Ersten Kammer! muß unsere Forderung lauten. Wenn die Sozialdemokratie in der Weise vorgehen wird, dann werden weiten Kreisen des sächsischen Volkes die Augen geöffnet werden darüber, wie durch eine feudale Interessengruppe die politischen Zustände Sachsens erlassen und dadurch jeder Fortschritt unmöglich ist. Diesen feudalen Unrat zu beseitigen, muß eine unserer Hauptaufgaben sein. Überall in Sachsen tritt zutage, daß die Interessen der Besitzenden und Besitzlosen sich verschärfen. Die geschichtlich gewordene Verwaltungsmaschinerie langjähriger konservativer Herrschaft ist zum Unterdrückungsmittel allen Fortschritts geworden, und diese Herrschaft zu beseitigen, muß zunächst unsere Hauptaufgabe sein, und in diesem Sinne wird die Landeskonferenz ihre Beschlüsse fassen müssen.

Genosse: So trocken die Ausführungen Segers auch waren, so hat er uns aber doch vollständig im klaren darüber gelassen, was wir für die Zukunft eigentlich zu tun haben. Nach den letzten Demonstrationen dränge sich uns die Frage auf: Was nun? Wenn das Bürgertum jetzt den Kampf aufnehmen will als die betrogenen Verräter, dann wollen wir ihm zeigen, daß auch wir dazu bereit sind, Mittel in Anwendung zu bringen, wodurch die Regierung gezwungen wird, dem Willen des Volkes Rechnung zu tragen. Es ist allerdings nicht mehr daran zu denken, das jetzige Bürgertum zu einer Steuerverweigerung, welches Mittel das Bürgertum früher in seinen Kämpfen um die Verfassung schon angewendet hat, zu bringen, aber jedenfalls müssen wir versuchen, es mit vorwärts zu treiben. Wenn es die Kraft zu weiteren nachhalligen Vorgehen nicht findet, können wir um so mehr auf seine Jämmerlichkeit hinweisen. Was aus einer solchen Aktion der Steuerverweigerung werden kann, muß uns jetzt vollständig gleichgültig sein; die Hauptsache ist aber, daß andre Mittel in Anwendung gebracht werden. Durch unser bisheriges Verhalten haben wir die ganze Situation immer interessanter gemacht, ohne aber einen Deut an den Dingen zu ändern. Besser wäre es dann, nachdem sich die Gegner jetzt in den Haaren liegen, man siehe die Gesellschaft voll Gel. sich in ihrem Schmutz herumwälzen. Unsere Hauptaufgabe ist immer, der Arbeiterpartei den Sozialismus zu lehren, auf den Klassenkampf hinzuweisen. Der Parlamentarismus ist für uns kein Weisheitsstein, die Hauptsache ist immer, daß die Massen vom Klassenkampf durchdrungen sind.

Genosse erklärt sich mit Grenz einverstanden. Mit Protestresolutionen, wie sie vielleicht wieder auf der Landeskonferenz angenommen werden, laßt man keinen Hund hinter dem Ofen hervor, damit solle man endlich einmal aufhören.

Genosse: Wenn wir die jetzige Situation betrachten, dann könnte man allerdings dahin gelangen, daß andre Mittel angewendet werden müssen. Aber wie kommt Grenz dazu, uns den Rat zu geben, das Bürgertum mit heranzuziehen? Es handelt sich ja um den eigenen Staat dieses Bürgertums. Dazu sind schon alle Mittel diskutiert worden. Unser Kampf war immer gerichtet auf die Aufklärung und die Schulung der Massen. Wenn die große Masse einmal begriffen hat, wie sie entrichtet wird, dann ist es auch mit der Herrschaft der Besitzenden vorbei. Wir müssen den Massen lehren, daß in der Politik nur die zähe Ausdauer und zum Ziele bringt. In Sachsen drängt die Entwicklung zur Demokratie. Auch mit dem Gel macht man keine Politik. Eine solche Rolle unserteils würde unsern Gegnern nur recht sein.

Lipinski: Eine ganze Reihe von Sitzungen der Komitees Sachsens hat sich mit dem weiteren Vorgehen in dieser Frage beschäftigt und alle Momente einer erweiterten Aktionsmöglichkeit beraten. Die Frage, die Grenz heranzieht, ob man sich an den Wahlen beteiligen solle oder nicht, kann erst später beraten werden. Daß gerade Grenz auf die Steuerverweigerung eingeht, wundert mich von ihm. Die besitzende Klasse wird ihrem Staat die Steuern nicht verweigern, und bei den Arbeitern wird einfach das Lohnbeschlagnahmengesetz in Aktion treten. Zudem sind 71 Prozent aller Steuern indirekte Steuern. Den Massenstreik zur Anwendung zu bringen, wäre geradezu Wahnsinn wegen eines vielleicht etwas besseren Wahlrechts. Man würde bei der jetzigen Krise dem Unternehmertum nur einen Gefallen tun. Durch Beschlüsse können wir uns auch nicht binden, da solche wichtige Fragen über unser Vorgehen in einer Versammlung nicht ausgiebig besprochen werden können.

Genosse: Wenn Grenz gesagt hat, es ist besser, Falsches zu sagen als nichts zu sagen, dann hat er recht. Das haben Lipinski und Seger bewiesen. Der Parlamentarismus ist uns nur Mittel zum Zweck. Wir müssen einmal andre Mittel zur Anwendung bringen und unsere Kraft nicht unnützig verschwenden. Ich hoffe, daß uns die Konferenz einen andern Weg zeigt. Bei Demonstrationen mache man sich zu große Beforgnisse. Man lasse dem Temperament freien Lauf. Freiwillig wird man nie etwas geben.

Genosse: Man hat versucht, meine Ausführungen lächerlich zu machen, die nur dahin gingen, den Versuch zu machen, die Gegner festzunageln. Diese Taktik hat schon Daffalle beobachtet. Vom Massenstreik habe ich gar nicht geredet; aber es scheint, als wenn man damit wohl einverstanden sei, sich aber sträubt, ihn zu propagieren.

Genossin Müller: Auch die Frauen müssen für den Kampf ums Wahlrecht interessiert werden.

Ramsbeck: Der Aufruf der Leipziger Volkszeitung, in dem es am Schluß hieß: Regierung sei gewarnt, rang allerdings recht drohend, aber was haben solche Drohungen eigentlich für einen Zweck, wenn wir anerkennen, daß die Verhältnisse uns gar nicht dazu berechtigen. Wir wissen doch, daß wir den Worten keine Taten folgen lassen können. Eine Steuerverweigerung sei unmöglich zu infanzieren. Auch werden wir uns das Recht nicht streitig machen lassen, ohne vorherige Genehmigung auf ganz bestimmten Plätzen zusammenzukommen. Wir müssen beweisen, daß wir die Wahlrechtsfrage bis zur Reize auslösen wollen.